



Ausschuss für Kommunalpolitik

37. Sitzung (öffentlich)

13. September 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:55 Uhr bis 13:25 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

TOP 2 wird auf Antrag der Fraktion der PIRATEN abgesetzt.
Im Übrigen wird Tagesordnung – Einladung E 16/402 – unverändert angenommen.

1 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3387

Stellungnahmen 16/950, 16/970, 16/1031, 16/955

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN (siehe Beschlussempfehlung 16/3993, Seite 12 ff.) mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von CDU und PIRATEN an.

Der so geänderte Gesetzentwurf der Landesregierung wird sodann mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von CDU und PIRATEN ebenfalls angenommen.

Die abschließende plenare Befassung im Rahmen der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs findet in der nächsten Plenarwoche statt.

2 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen **10**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1257

Ausschussprotokoll 16/280

Der Tagesordnungspunkt ist eingangs der Sitzung (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“) auf Wunsch der antragstellenden Fraktion abgesetzt worden.

3 Mehr Flexibilität für den Offenen Ganztag im Primarbereich **11**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1473

Ausschussprotokoll 16/292

Auf Empfehlung der CDU-Fraktion verzichtet der Ausschuss auf ein Votum.

4 Kosten der Inklusion **12**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1090

in Verbindung mit:

**Erstes Gesetz zur Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention
in den Schulen (9. Schulrechtsänderungsgesetz)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2432

Und:

**Inklusion: Landesregierung muss (Rechts-)Unsicherheit beenden
und endlich Gesetzentwurf vorlegen!**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1907

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1956

Ausschussprotokoll 16/260
Ausschussprotokoll 16/261

Mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN
bei Enthaltung der CDU kommt der Ausschuss überein, zu
dem Tagesordnungspunkt eine gemeinsame Sitzung mit
dem federführenden Ausschuss und dem Haushalts- und Fi-
nanzausschuss am kommenden Mittwoch durchzuführen.

**5 Eckpunkte für eine Reform des Länderfinanzausgleichs und der bun-
desstaatlichen Finanzbeziehungen****14**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1911

Ausschussprotokoll 16/274

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wird der Tagesordnungs-
punkt, da sich der Haushalts- und Finanzausschuss noch
nicht mit dem Thema befasst hat, auf die nächste Sitzung
verschoben.

6 Gesetz zur Einführung der untergesetzlichen Normenkontrolle nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 Verwaltungsgerichtsordnung (Normenkontrollgesetz) 15

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2287

Ausschussprotokoll 16/290
Stellungnahme 16/969

Mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der AKo dem federführenden Rechtsausschuss, den Gesetzentwurf abzulehnen.

7 Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes 16

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2723

Ausschussprotokoll 16/281

Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN wird dem federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales empfohlen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

8 Gerichtsurteil zur Zulässigkeit von Bürgerbegehren 18

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1096

Auf Antrag der Fraktion der FDP

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

9	Verschiedenes	19
9.1	Vorratsbeschlüsse zur Durchführung von Anhörungen	19
	Der Ausschuss fasst zu folgenden Gesetzentwürfen Vorratsbeschlüsse zur Durchführung von Anhörungen. Organisatorische Einzelheiten sollen im Obleutegespräch verabredet werden.	
	– Gemeindefinanzierungsgesetz 2014	
	– 2. Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes	
	– Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes	
9.2	Gesetzentwurf zur Verwirklichung von Transparenz und Informationsfreiheit im Land Nordrhein-Westfalen	20
	Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/3248	
9.3	YES WE SCAN BÜRGER IN NRW FOR PRISM und anderen Überwachungsprogrammen schützen!	21
	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/3249	
	Nächste Sitzung: 11. Oktober 2013	21

1 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3387

Stellungnahmen 16/950, 16/970, 16/1031, 16/955

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Vorsitzender Christian Dahm schickt voraus, mit einem Vorratsbeschluss vom 5. Juli 2013 habe der Ausschuss sich auf eine schriftliche Anhörung verständigt. Vier Stellungnahmen lägen vor; die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen sowie die Grüne/Alternative in den Räten NRW e. V. hätten auf die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme verzichtet.

Zur abschließenden Beratung liege ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor (*siehe Beschlussempfehlung 16/3993, Seite 12 ff.*).

Michael Hübner (SPD) führt zum Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen aus, nachdem die kommunalen Spitzenverbände als auch vier kommunalpolitische Vereinigungen Stellungnahmen abgegeben hätten, die sich insbesondere auf die Stichwahl und die Dauer der Wahlperioden für Bürgermeister bezogen hätten, die bis zum 30. November von ihrem Rücktrittsrecht Gebrauch machen könnten, habe sich der Änderungsantrag konkretisiert. Er begrüße es, würde der Änderungsantrag eine große Mehrheit finden, zumal ihn der Obmann der CDU-Fraktion im AKo in der Sommerpause ihn auch entsprechend angeschrieben habe.

Frank Herrmann (PIRATEN) begrüßt für seine Fraktion, dass eine zeitliche Abgrenzung aufgenommen worden sei, wann eine Neuwahl statt einer Wiederholungswahl stattzufinden habe. Eine Gleichstellung von aktivem und passivem Wahlrecht sei noch nicht erfolgt. Seine Fraktion hoffe, das in einer zukünftigen Regelung noch berücksichtigen zu können.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN (*siehe Beschlussempfehlung 16/3993, Seite 12 ff.*) mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von CDU und PIRATEN an.

Der so geänderte Gesetzentwurf der Landesregierung wird sodann mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von CDU und PIRATEN ebenfalls angenommen.

Die abschließende plenare Befassung im Rahmen der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs findet in der nächsten Plenarwoche statt.